



## **Hauptausschuss (37.) (öffentlich)**

TOP 1 gemeinsam mit:

### **Wissenschaftsausschuss (37.) (öffentlich)**

26. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:10 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6538

Ausschussprotokoll 17/738 (Anhörung vom 12.09.2019)

– Diskussion

Der Wissenschaftsausschuss nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Der Hauptausschuss nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Hauptausschuss (37.) (öffentlich)

26.09.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

CR

Wissenschaftsausschuss (37.) (öffentlich)

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/7200

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsident  
Vorlage 17/2349 (Erläuterungsband zu EP 02)  
Vorlage 17/2451

Einzelplan 06, Kapitel 06 070 – Landeszentrale für politische Bildung  
Vorlage 17/2361 (Erläuterungsband zu EP 06)

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof  
Vorlage 17/2332 (Erläuterungsband zu EP 16)

**a) Einzelplan 01 – Landtag 8**

– ohne Diskussion

**b) Einzelplan 02 – Ministerpräsident 8**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Diskussion

**c) Einzelplan 06, Kapitel 06 070 – Landeszentrale für politische Bildung 16**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Diskussion

**d) Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof 17**

– Diskussion

**3 Fünftes Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes 18**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/7319

– ohne Diskussion

Hauptausschuss (37.) (öffentlich)

26.09.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

CR

Wissenschaftsausschuss (37.) (öffentlich)

Der Ausschuss kommt überein, in der heutigen Sitzung über den Gesetzentwurf abzustimmen und nimmt diesen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD an.

- 4 Entwurf einer Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Evangelische Gesellschaft für Deutschland mit Sitz in Radevormwald** **19**
- Vorlage 17/2288
- ohne Diskussion
- Der Ausschuss wurde gemäß § 2 Körperschaftsstatusgesetz gehört. Einwendungen wurden nicht erhoben.
- 5 Sachstand „Ruhr-Konferenz“** **20**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2453
- Diskussion
- 6 Verschiedenes** **22**
- a) **Frist zur Benennung von Sachverständigen zum Antrag Drucksache 17/6586** **22**
- b) **Sitzungstermine des Hauptausschusses 2020** **22**
- c) **Fassanstich des Ministerpräsidenten beim Oktoberfest in Köln-Chorweiler am 18. September 2019** **22**



## 1 **Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6538

Ausschussprotokoll 17/738 (Anhörung vom 12.09.2019)

*Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben am 12.09.2019 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.*

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** informiert, in der heutigen Sitzung sollten, um die Beratung im Plenum im Oktober zu erreichen, und mit Blick auf darauf aufbauende rechtliche Regelungen – die Verordnung für die Studienplatzvergabe im Zentralen Vergabeverfahren, für das DoSV und der Auswahlordnungen der Hochschulen – die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen.

**Dietmar Bell (SPD)** wertet die Anhörung als inhaltlich sehr interessant. Der Staatsvertrag stelle das Ergebnis einer föderalen Kompromissfindung dar. Der Sachverständige Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler habe im Rahmen der Anhörung auf gegebenenfalls zu erwartende weitere rechtliche Fragestellungen, wie andere Sachverständige aber auch auf den bestehenden zeitlichen Druck zur Schaffung von Klarheit für die nächsten Semester verwiesen.

Seine Fraktion werde aus dem letztgenannten Grund dem Gesetzentwurf zustimmen, behalte sich jedoch vor, bis zur Abstimmung im Plenum und nach Auswertung des Protokolls der Anhörung noch einen Entschließungsantrag einzureichen, der die von Herrn Professor Dr. Dr. Wolfram F. Neiss geäußerten Änderungswünsche in Bezug auf die Ausweitung auf europäische Abschlüsse aufgreife.

**Dr. Stefan Nacke (CDU)** sieht die Anhörung als sehr gut an und verweist ebenfalls auf den bestehenden Zeitdruck. Insbesondere die Stellungnahme des sich für die Kanzlerkonferenz, die Landesrektorenkonferenz sowie für die Stiftung Hochschulzulassung äussernden Professors Dr. Holger Burckhart stehe stellvertretend für die überwiegend positive Beurteilung des Gesetzentwurfs durch die Experten. Der Professor habe Folgendes, die guten Bedingungen für die Verabschiedung des Gesetzentwurfs Beschreibendes kundgetan:

„Die Hochschulen im Land begrüßen ausdrücklich den Staatsvertrag. Er sieht nämlich an diversen Stellen für die Studienplatzvergabe sowohl im zentralen als auch im örtlich zulassungsbeschränkten Verfahren – das zent-

rale Verfahren erstreckt sich auf die Medizin – für landesgesetzliche Regelungen Spielräume vor. Diese Spielräume werden genutzt, und zwar im Sinne der Hochschulen. Das kann man ganz klar sagen.“

Da es sich um das Ergebnis von Verhandlungen aller Bundesländer handle und zudem insbesondere mit Blick auf die Medizinstudiengänge dringender Handlungsbedarf bestehe, werde auch seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen, bekundet **Stefan Engstfeld (GRÜNE)**. Dadurch solle eine rechtzeitige Fertigstellung erstens der Verordnung für die Studienplatzvergabe im Zentralen Vergabeverfahren sowie für das DoSV und zweitens der darauf fußenden Auswahlordnungen der Hochschulen ermöglicht werden.

Allerdings werde man sich angesichts der bestehenden Spielräume für das Land bei der Gesetzgebung und der nun für die Hochschulen sehr offen gehaltenen Regelung in wenigen Jahren wohl erneut mit dem Gesetz befassen müssen, nachdem die Ausschöpfung dieser Spielräume in den ersten Umsetzungsjahren habe beobachtet werden können. Dadurch werde dann auch Raum für die bessere Erreichung gemeinsamer Ziele geboten.

Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf ebenfalls zustimmen, erachte die Anhörung jedoch als überflüssig, da dadurch keine neuen Erkenntnisse gewonnen worden seien und zudem der bereits thematisierte Zeitdruck herrsche, fasst **Andreas Keith (AfD)** zusammen.

Herr Professor Dr. Dr. Wolfram F. Neiss habe in seiner Stellungnahme auf die extreme, sich insbesondere auf die Medizinischen Fakultäten der Universitäten Köln und Münster beziehende Eilbedürftigkeit des Gesetzes verwiesen, da dort jeweils die Hälfte der Studienanfänger zum Sommersemester zugelassen werde, weshalb das gesamte Regelwerk für die Zulassung rechtzeitig zum Sommersemester 2020 in Kraft treten müsse. Dringlichkeit herrsche auch aufgrund der befürchteten Klagewelle im Falle von rechtlich nicht abgesicherten Ablehnungen von Zulassungsanträgen.

Es bleibe zudem abzuwarten, ob an den Hochschulen der von Professor Dr. Holger Burckhart antizipierte interne Diskussions- und Abstimmungsprozess ausgelöst werde und welche Erkenntnisse daraus resultierten.

**Angela Freimuth (FDP)** bedankt sich bei den anderen Fraktionen für die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf, da man den Hochschulen so gemeinsam bestmögliche Arbeitsbedingungen zu schaffen versuche und ihnen signalisiere, dass in dieser Frage an einem Strang gezogen werde.

Sie erachte die Anhörung als wichtig. Diese habe das Verfahren nicht entscheidend verzögert, aber verdeutlicht, wo für die weitere konstruktive Unterstützung der Hochschulen die zukünftige Entwicklung im Auge behalten werden sollte und wo eventuell zu gegebener Zeit nachgebessert werden müsse.

Hauptausschuss (37.) (öffentlich)

26.09.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

CR

Wissenschaftsausschuss (37.) (öffentlich)

Der Wissenschaftsausschuss nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Der Hauptausschuss nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

